

Rede am 2. Dez. 2024 am Hauptbahnhof Bremen gegen den Krieg in Gaza und Libanon und den Terror der sog. „Siedler“ in der Westbank

Dr. Detlef Griesche

Liebe Friedensfreundinnen und Freunde, liebe Engagierte für Palästina, liebe Anwesende

Moin und Salam

Als ich vor etwas über 1 Jahr hier an gleicher Stelle zum ersten Mal bei der ersten Demonstration gegen den Gazakrieg stand und für unsere palästinensischen Freundinnen und Freunde reden durfte, hätte ich im Traum nicht daran gedacht, dass dieser Kriegs- und Vernichtungs-Wahnsinn so lange andauert und die Palästinensische Gemeinde und wir an der Entwicklung Palästinas Engagierten nunmehr zum 60. Mal hier stehen würden und eine Ende dieses genozidalen Krieges ist nicht absehbar. **Nein** keiner von uns und in der Welt draußen hätte vermutet, dass die sogenannte „moralischste“ Armee der Welt und die rechtsrassistische Regierung in Missachtung der immer stärkeren Proteste in der ganzen Welt immer weitere und immer schlimmere Vernichtungsformen entwickelt und das eigentlich für genaue Beobachter schon sehr zu Beginn an Äusserungen führender rassistischer Politiker und Militärs sichtbar war, was das Ziel war: nämlich den 7.10. als Vorwand für die Vertreibung der Palästinenser und die völlige Zerstörung der Jahrtausende alten Kulturgüter, und damit die Identität der Palästinenser. **Erinnert sei nur exemplarisch kurz an die Worte wie**

„Triumphiert, macht sie fertig, lasst niemanden zurück. Löscht die Erinnerung an sie aus. Löscht sie aus , ihre Familien, Mütter und Kinder. Diese Tiere dürfen nicht weiterleben“ (Zitat eines Israel. Armeereservisten am 11. Oktober) und weiter: „Jeder Jude mit einer Waffe soll hinausgehen und sie töten. Wenn du einen arabischen Nachbarn hast, warte nicht, geh zu ihm und erschiess ihn(...) Wir wollen hineingehen und zerstören.“

Giora Eiland, ehemaliger Vorsitzender des „Nationalen Sicherheitsrats“, Berater des israelischen Verteidigungsminister und Generalmajor der Reserve erklärt: „ Das ist es , was Israel zu tun hat – wir haben die Versorgung des Gazastreifens mit Energie, Wasser und Diesel gekappt, aber das ist nicht genug. Um die Belagerung wirksam zu machen müssen wir andere daran hindern, dem Gazastreifen Hilfe zu leisten.“

Oder der Verteidigungsminister Joaw Galant, der schon am 10.10.2023 die klare unmißverständliche Vorgabe formulierte: Wir kämpfen hier gegen menschliche Tiere und wir handeln dementsprechend.“

Und immer mehr wird deutlich, diese Aussagen standen in einer Tradition vieler Äußerungen in den zurückliegenden Jahrzehnten, wie z.B.: wird Golda Meir die Äußerung zugeschrieben, „dass die Juden nach dem Holocaust das Recht hätten zu tun, was immer sie wollten“ und im Feb. 1970 formulierte sie wie aktuell ja auch mehrfach der rassistische Minister Smotrich und andere, „so etwas wie ein palästinensisches Volk gibt es nicht.“

Man konnte es auch schon vorher wissen: In einer Magazinsendung von Monitor wurde aus der Präambel des Koalitionsvertrages der aktuellen extrem rechten Regierung zitiert:

„ Das jüdische Volk hat ein exclusives und unbestrittenes Recht auf alle Gebiete des Landes Israel. Die Regierung wird die Besiedlung aller Teile des Landes – in Galiläa, dem Negev, dem Golan und Judäa und Samaria – fördern und ausbauen.“

Und sicher darf auch aus dem Parteiprogramm von Netanjahus Likud zitiert werden:

"between the Sea and the Jordan there will only be Israeli sovereignty." Der israelische Ministerpräsident hat dazu passend vor 5 Monaten vor der UN-Voll- Versammlung ein Schild hochgehalten, auf dem gab es kein Palästina mehr, sondern Israel „vom Meer bis zum Jordan“. Wenn hier in Deutschland ein Palästinenser diesen Spruch bewusst oder unbewusst ohne die Bedeutung zu kennen, als Parole trägt, wird er mit einem Verfahren belegt. Was für eine zynische Doppelmoral deutscher Politik. Aber ich habe Hoffnung, dass hier ein Lernprozess einsetzt. Die Bevölkerung ist da weiter als Politik und manche Medien. In der ZEIT vom 16.11. war zum ersten Mal in einer deutschen Zeitung zu lesen, dass Netanjahu am 16.5.2019 vor der Likud-Kongress ausführte: „Wer einen palästinensischen Staat verhindern will, muss die Hamas unterstützen und finanzieren“. Das ist unglaublich, aber es zeigt den Charakter dieser Politiker.

Noch etwas Unglaubliches! Aber es ist leider wahr!

Es geistern seit längerem in verschiedenen Medien Meldungen, daß es einen Generalplan zur quasi-Annektion von zumindest Teilen von Gaza, mindestens aber die Errichtung neuer Siedlungen gibt:

den sog. Generalplan vor allem von Giora Eilend, ehemaliger Militärs und anderer "Strategen", in dem gefordert wird, die Evakuierung des nördlichen Gazastreifens anzuordnen und die Verbliebenen aushungern zu lassen, wie Associated Press (AP) schon am 14. 10, berichtete. Der israelische Kriegsherr Netanyahu läßt dieses nach verschiedenen Quellen prüfen und es gab dazu eine erste öffentlich bekannte gwordene Konferenz am vorletzten Montag, die von der regierenden Likud-Partei unterstützt wurde. Da erklärte unter anderem die „Siedler“führerin Daniella Weiss, dass Tausende von „Siedlern“ bereit sind, in den Gazastreifen zu ziehen, und dass die Palästinenser „das Recht“ verloren haben, dort zu leben. Anwesend auf dieser Konferenz waren auch der Minister für nationale Sicherheit, Itamar Ben Gvir und die Ministerin für Gleichstellung, May Golan. Dabei auch etliche Knesset-Abgeordnete der Likud-Partei. Wie schon früher von anderen Siedlerführern und prominenten rassistischen Regierungsvertretern wurde die Umsiedlung der im Gazastreifen lebenden Palästinenser in andere Länder gefordert. Ein weiterer Meilenstein zur ethnischen Säuberung, wobei schon in einer früherem Einspieler bei den ARD-Tagesthemen am 11.1.2024, wo gezeigt wurde, wie Immobilienhändler in der Westbank versuchten, schon Grundstücke in einem später von Palästinensern entvölkertem Gazastreifen anzubieten und „Siedler“ formulierten: „Wenn die fertig sind mit Gaza, dann gehen wir zurück“, „Ich will ein Haus am Strand in Gaza, Wir müssen dahin, das ist unser Land“. Schon kurz nach Beginn der genozidalen Kriegsführung Israels war klar, wohin die Entwicklung zielte. Dazu gab es für jeden, der informiert sein wollte 2 weitere Dokumente, und zwar faktenbasierte Filme mit Reportagen und Originalzitate im Fernsehsender [ARTE](#) .

Was fehlt: Stellungnahmen und Verurteilungen mit praktischen Folgen unserer politischen Klasse, die gegen alle Warnungen aus der Welt und nicht mehr zu übersehender Fakten fest und unbeirrt am Dogma der "Staatsraison" für Israel festhalten und weiter, wie der Kanzler deutlich anfangs der Woche noch mal zum Erstaunen selbst der öffentlichen Meinung verkündete, Waffen an Israel liefern!

Shame on You

Und in der Tat hat die Bundesregierung ihre Genehmigung für Rüstungslieferungen stärker ausgedehnt als bekannt. Im August wurden Ausfuhren von Rüstungsgütern im Wert von 94,05 Millionen Euro an Israel geliefert, d.h. doppelt so viel wie die 45,74 Mill. Euro die das

Wirtschaftsministerium dem Wirtschaftsausschuss des Bundestages für das gesamte vergangene Jahr bis zum 13. Oktober gemeldet hatte.

Ein Beispiel, wie Waffen geliefert werden und die offiziellen Auflagen umgangen werden und wie andere Länder in der Welt darauf konsequent reagieren, indem, falls weniger Waffen geliefert werden, waffenfähiges Material geliefert wird zeigt folgendes Beispiel, dass ich Euch exemplarisch vorstellen will:

Im Juli 2024 wurde die MV Kathrin in der vietnamesischen Stadt Haiphong mit acht Containern des Sprengstoffs Royal Demolition Explosive (RDX) beladen, die für Israel bestimmt waren, genauer gesagt für Israels größtes Militärunternehmen, Elbit Systems. RDX-Sprengstoff ist ein in Deutschland erfundener Sprengstoff, der als signifikant stärker als TNT gilt und als Schlüsselkomponente für die Produktion von Fliegerbomben, Granaten und Raketen benötigt wird. Bomben und Raketen wohlgemerkt, die derzeit vornehmlich gegen die Zivilbevölkerung in Gaza und Libanon eingesetzt werden. Nachdem das deutsche Frachtschiff in Vietnam mit dem Sprengstoff beladen worden war, machte es sich auf die Reise über den Indischen Ozean zur Atlantikküste Afrikas. Doch schon beim ersten Anlegeziel, dem größten Überseehafen Namibias, „Walvis Bay“, verweigerten die dortigen Behörden dem Schiff die Erlaubnis, anzulegen. Der namibische Justizminister begründete die Verweigerung des Hafenzugangs damit, dass „Namibia seiner Verpflichtung nachkommt, israelische Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord sowie die rechtswidrige Besetzung Palästinas nicht zu unterstützen oder sich daran mitschuldig zu machen“. Als nächstes sollte die MV Kathrin dann in einem angolanischen Hafen anlegen. Doch auch dort wurde dem Frachtschiff mit sehr ähnlicher Begründung das Anlegen verwehrt. Das im deutschen Besitz befindliche Frachtschiff machte sich nun auf den Weg Richtung Mittelmeer. Die UN-Sonderberichterstatterin für die besetzten palästinensischen Gebiete Francesca Albanese schaltete sich ein und lobte in Folge die Entscheidung Namibias, und erinnerte die internationale Gemeinschaft daran, dass „jede militärische Lieferung an Israel, das nach Feststellung des Internationalen Gerichtshofs möglicherweise Völkermord begeht, einen Verstoß gegen die Völkermordkonvention darstellt“. In diesem Zusammenhang kritisierte sie auch Portugal, da das Schiff zu diesem Zeitpunkt unter portugiesischer Flagge fuhr und so dem Schiff den Transport der tödlichen Fracht in internationalen Gewässern erst rechtlich überhaupt ermöglichte. Dies stelle eine klare Verletzung des Völkerrechts dar. In Folge forderte sie die Regierung in Lissabon auf, „dringend“ die Entfernung der portugiesischen Flagge von dem Schiff „Kathrin“ zu verlangen. Mit der

Begründung, dass man nicht wegen Komplizenschaft mit einem Völkermord angeklagt werden will, reagierte die portugiesische Regierung und entzog dem Schiff mit Wirkung zum 17. Oktober die Flagge. Nur einen Tag später war das Schiff laut verschiedenen Schiffsortungswebseiten unter deutscher Flagge registriert. Deutschland war ab dem Moment sowohl als Flaggen- als auch Reedereistaat für das Frachtschiff und dessen Ladung voll (völkerrechtlich) verantwortlich. Die MV Kathrin liegt nach derzeitigem Wissensstand im Mittelmeer in internationalen Gewässern im Ionischen Meer vor Anker, nachdem ihr auch der deutsche EU-Partner Malta mit Verweis auf die völkerrechtliche Lage und den an Bord befindlichen RDX-Sprengstoff die Einfahrt in dessen Gewässer komplett verweigerte. **Auskünfte zu diesem Fall bekommt man von den deutschen Regierungsstellen nicht!**

In einem Kommentar im Deutschland-Funk (DLF) am 26.10. 2024 prangert der Journalist Martin Durm an: Deutschland liefert Waffen an Israel für den Krieg im Libanon und gleichzeitig stellt es 96 Mill. Euro für humanitäre Hilfe und Wiederaufbau bereit.

Man kann sagen, das ist widersprüchlich. Man kann auch sagen, das ist zynisch und pervers.

Shame on You

Wie pervers es in Teilen der Armee zugeht und wie etliche Soldaten auf der Basis der Worte ihrer Politiker und Armeeführer im Konkreten Folge leisten hat jetzt ein n der TAZ am 25.10. veröffentlichter Bericht von 130 israelischen Deserteuren, die in einem gemeinsamen Brief erklärt haben, warum sie nicht weiter kämpfen werden. Die Unterzeichner, die vorher mit Hingabe gedient hätten, zeigen sich geschockt von der Stimmung in ihren Einheiten, ihren Erlebnissen und desillusioniert von der Tatsache, dass das Ziel des Krieges zunehmend schwer auszumachen ist. Und es sind Aussagen über konkrete Taten über Plünderungen, unbegründete Erschießungen und weitere zynische Taten, wie sie auch von früher aber eher anonym von Soldaten in der HAARETZ und dem online-Magazin +972 berichtet wurden. Der u.a. namentlich zitierte Soldat formuliert es exemplarisch so. „Ich habe nicht ...das erste Mal von menschlichen Tieren sprechen hören, wenn es um Palästinenser ging.“ Und er bringt das Beispiel eines Soldaten, der einen anderen bei einer Aktion fragt, „warum er dieses Tier“ so menschlich behandelt!

Wer diesen Bericht liest und weiter von der „moralischsten“ Armee der Welt schwafelt, dem ist nicht mehr zu helfen.

Shame on you

Jetzt hat Südafrika dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag am 29.Oktober neue Beweise für den israelischen Völkermord in Gaza vorgelegt

In einem ausführlichen Schriftsatz mit zusätzlichen Fakten und Argumenten wird zu beweisen versucht, dass Israel in Gaza das Verbrechen des Völkermordes begangen hat.

Die südafrikanische Präsidentschaft erklärte in einer am Montag auf ihrer offiziellen Website veröffentlichten Erklärung, der Schriftsatz enthalte Beweise dafür, wie die israelische Regierung gegen die Völkermordkonvention verstoßen habe, indem sie die Vernichtung der im Gazastreifen lebenden Palästinenser gefördert, sie mit einer Vielzahl zerstörerischer Waffen physisch getötet und ihnen den Zugang zu humanitärer Hilfe verwehrt habe, ihnen den Zugang zu humanitärer Hilfe verweigert, Lebensbedingungen geschaffen hat, die auf ihre physische Zerstörung abzielen, zahlreiche einstweilige Verfügungen des Internationalen Gerichtshofs ignoriert und sich ihnen widersetzt hat, Hunger als Kriegswaffe einsetzt und Israels Ziele der Evakuierung seiner Bürger aus Gaza durch Massenmord und Zwangsumsiedlung von Palästinensern unterstützt hat.

Sie betonte auch, dass die Beweise zeigten, dass die Grundlage für Israels Akte des Völkermords die Absicht war, diesen Völkermord zu begehen, sowie das Unvermögen, die Anstiftung zum Völkermord zu verhindern, die Anstifter zu bestrafen und den Völkermord zu verhindern.

Darüber hinaus behauptete sie, dass das Memorandum detaillierte Anweisungen auf mehr als 750 Seiten enthalte, die durch Fotografien und Anhänge auf mehr als 4000 Seiten unterstützt würden.

Südafrika bekräftigt, dass die von ihm und anderen Ländern ergriffenen Maßnahmen in erster Linie darauf abzielten, dem Völkermord in Palästina ein friedliches Ende zu setzen, indem Israel vor den zu diesem Zweck von den Vereinten Nationen geschaffenen Institutionen zur Rechenschaft gezogen wird.

Sie betonte, dass die Gewährung einer beispiellosen Immunität für Israels Verstöße gegen internationales Recht und Normen und seine fortgesetzten Verstöße gegen das Völkerrecht die Institutionen der globalen Governance gefährden, die geschaffen wurden, um alle Länder zur Rechenschaft zu ziehen.

Sie wiederholte ihre Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand in Palästina, im Libanon und in der gesamten Region sowie nach dem Beginn eines politischen Prozesses zur Sicherung eines gerechten und dauerhaften Friedens.

Die südafrikanische Präsidentschaft erklärte weiter: „Die internationale Gemeinschaft kann nicht tatenlos zusehen, wie unschuldige Zivilisten getötet werden, darunter Frauen, Kinder, Krankenhauspersonal, Mitarbeiter von Hilfsorganisationen und Journalisten. Dies ist eine Welt, die wir nicht akzeptieren können.

Aber die Methoden der israelischen Kriegführung mit den hinreichend bekannten militärischen Vernichtungswaffen, der Einschränkung der Versorgung mit Hilfsgütern und Wasserentzug als Waffe, sowie der Zerbombung aller sozialer, medizinischer und kultureller Strukturen sind noch nicht das Ende der Formen der genozidalen Kriegführung.

Jetzt werden auch neben dem Ausschluss aller nichtkonformen israelischen Medien und der Abhängigkeit von den Medienprodukten der eigenen Legende – als dem allerdings weltweit misslungenem Versuch nur die eigene Sichtweise zu präsentieren auch noch die zentralen internationalen Hilfsorganisationen, die ein Mindestmaß an Versorgung für die ständig auf der Flucht von einem Ort zum nächsten befindliche Bevölkerung garantieren, vertrieben.

Israel verbietet der UNRWA die Arbeit auf ihrem Staatsgebiet. Ungeachtet internationaler Proteste muß das Palästinenserhilfswerk seine Arbeit in Israel im kommenden Jahr einstellen. Das bedeutet, daß die Organisation auch ihre lebenswichtigen Einsätze in den Palästinensergebieten kaum fortsetzen kann, denn Israel kontrolliert ja die Grenzen. Das Israelische Parlament stimme mit großer Mehrheit für dieses Gesetz und ebenso für ein weiteres, das es jeglichen israelischen Behörden untersagt, mit der UNRWA Kontakt

aufzunehmen. Das bedeutet für die rund 2 Millionen Menschen, die jetzt schon in einem kompletten Desaster ums Überleben kämpfen, „eine Katastrophe“ wie es der UN- Generalsekretär Guterres formulierte. Selbst die „Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe“ Luise Amtsberg formulierte, dies sei „ein gefährliches Signal der Missachtung der Vereinten Nationen und der internationalen Zusammenarbeit“.

Parallel zu der aktuellen Entwicklung in Gaza und jetzt im Libanon vollzieht sich ein Prozess der Landnahme, bzw. Landraub, über den kaum berichtet wird. **Jetzt aber** hat in einem gerade neu erschienenem UN-Report der UN-Sonderbeauftragten Francesca Albanese über die Situation in der Westbank und Ost-Jerusalem geäußert, daß es “reasonable grounds to believe“ (vernünftige Gründe zu glauben) gibt, zur Annahme, dass in den besetzten Gebieten Israel „is committing genocide against Palestinians throughout the entirety of the occupied territory that it controls“, zu deutsch: daß „Israel einen Genozid gegen Palästinenser in ihrer Gesamtheit durch das besetzte Gebiet, das es kontrolliert, begeht!“

Insgesamt würde diese genocidale Gewalt angewandt um ein „Größeres Israel“ durchzusetzen. Sie beschreibt die Entwicklung seit ihrem letzten Bericht mit vielen Details, die eigentlich jeden aufrütteln müssten. Aber in unserer Bundesregierung sitzen offenbar nur Analphabeten, die nicht lesen können oder nicht wollen!

Shame on You


„Siedler“ versperren Palästinensern den Zugang zu ihrem Land – und nach drei Jahren wird es unter Rückgriff auf ein Gesetz aus dem Osmanischen Reich zu „Staatsland“ erklärt, da es brach lag. Wenn „Siedler“ Häuser zerstören, erhalten Palästinenser extrem selten eine Genehmigung zum Wiederaufbau. Bauen sie ohne Genehmigung für den Wiederaufbau schreitet oft die Armee ein und reißt wieder ab, was neu errichtet wurde. Diese „Siedler“gewalt liegt im Interesse der israelischen Regierung, formulieren selbst israelische Politologen und die von aus der „Siedler“bewegung kommenden rassistischen Minister Ben-Gvir und Smotrich haben die rechtlich abgesicherte Macht über das Geschehen im Westjordanland.

Und aktuell bombadierte die israelische, die angeblich "moralischste" Armee der Welt die jahrtausende alte Weltkulturerbe-Stadt Baalbek im Libanon,

nachdem sie zigtausend Bürger aufgefordert hatte, ihre Häuser zu verlassen und diese massenhaft in Panik flüchteten. Und wieder schaut die Welt weiter zu und Deutschland liefert weiter Waffen und waffenfähiges Material.

Aber, was immer Israel noch an kriegsverbrecherischen Taten weiterführt, sie werden die Palästinenser nicht klein kriegen und am Ende wird es einen wie auch immer gestalteten Frieden und einen palästinensischen Staat geben.

Zum Schluss möchte ich Euch ein Zitat einer inzwischen verstorbenen deutsch-israelischen Friedensaktivistin, der Jüdin Felicia Langer, deren Familie im Holocaust umkam, zur Kenntnis geben, die sehr früh eine glasklare Be- und Verurteilung sowohl der israelischen völkerrechtswidrigen Besatzungspolitik und ihrer Auswüchse, sowie die fatalen falsche Politik der sog. „Staatsraison“ für Israel, und in deren Konsequenz die Verfolgung und Kriminalisierung aller, die die Israelische Kriegspolitik kritisieren anprangerte.



Wir, die Israelis, die Juden, können keinerlei Recht beanspruchen, als Opfer von gestern Täter von heute zu sein. Das Testament unserer Toten, der Toten des Holocaust, macht eine klare Aussage.
Wir haben auch kein Recht, die Schuldgefühle der Deutschen zu funktionalisieren, so wie Israel das tut, und sie, was unsere Taten angeht, zum Schweigen zu verurteilen, damit wir ungestört, jeder Einmischung und Kritik entzogen, die Palästinenser unterdrücken können.
Wer behauptet, dass man die Menschenrechtsverletzungen Israels, die dem Völkerrecht zuwiderlaufen, nicht anprangern dürfe - also etwas nicht tun dürfe, was die Menschenrechtsorganisationen in Israel und in der Welt schon seit Jahren tun - weil das Antisemitismus sei, wer das behauptet, der lügt wissentlich frech und erpresserisch, um die Stimmen der Kritik zum Schweigen zu bringen. Felicia Langer

Collage © Erhard Arendt - www.palaestina-portal.eu

Vielen Dank für die lange Aufmerksamkeit, einen guten Marsch und bleibt trotz allem wie seit der 1. Demonstration friedlich und ein Vorbild für andere Demonstrationen.

Salam